

Vor einem nationalen Bildungsnotstand?



Fotos von der Titelseite des Berichts

Der Bildungsbericht 2022 erscheint in einer Situation, die seit Anfang 2020 von den Auswirkungen der Pandemie auf das Bildungswesen in all seinen Bereichen – von der Kita über die Grund- und weiterführenden Schulen bis hin zur Hochschulbildung und der Weiterbildung – geprägt war und ist.

Hinzu kommt 2022, dass durch massive Preissteigerungen, die Unterbrechung von Lieferketten aus verschiedenen Gründen und geringe Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts die Lebensverhältnisse großer Teile der Bevölkerung sich verschlechtern. Oder, wie es z.B. aus Teilen des

Arbeitgeberlagers heißt: »Die fetten Jahre sind vorbei.«

Die regelmäßig alle zwei Jahre vorgenommene Bestandsaufnahme des Bildungssektors der Bundesrepublik, die wieder eine Fülle an Informationen zu allen Bildungsbereichen im Zeitvergleich liefert, bietet einen Zustandsbericht, der wenig ermutigend ist.[1]

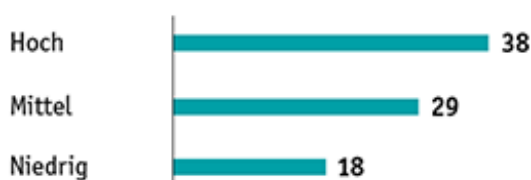
Die grundlegenden Probleme des bundesdeutschen Bildungswesens sind in den zurückliegenden Jahren nicht angegangen worden. Die Ausgangsbedingungen, unter denen sich das Bildungssystem den neuen Herausforderungen und Krisen stellen muss, sind alles andere als optimal.

Das bundesdeutsche Bildungswesen in all seinen Teilen ist nach wie vor finanziell – auch im internationalen Vergleich – schlecht ausgestattet, sozial extrem selektiv und in den Ergebnissen bestenfalls durchschnittlich.

Das Versprechen des Dresdner Bildungsgipfels der Verantwortlichen aus dem Jahr 2008, die Investitionen in Bildung und Forschung auf 10% des BIP zu erhöhen (7% Bildung, 3% Forschung) ist auch 2022 nicht erreicht.

Unter 3-jährige Kinder von Eltern mit höherem Bildungsabschluss häufiger in Kindertagesbetreuung

Bildungsbeteiligungsquote nach höchstem Bildungsabschluss der Eltern (in %)



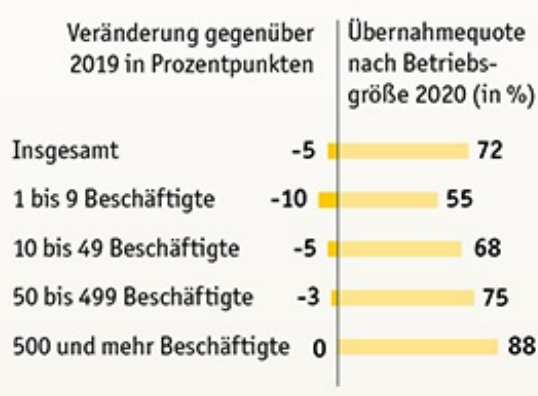
Die Abhängigkeit der Bildungsbeteiligung und der Bildungsergebnisse von der sozialen Herkunft der Kinder, Schüler*innen und Studierenden ist völlig ungebrochen. Das beginnt in der Kinderkrippe der unter Dreijährigen, bei denen 38% der Kinder von Eltern mit hohem Bildungsabschluss, aber nur 18% derjenigen mit geringen Bildungsabschlüssen das erste Mal im Leben mit formalen Bildungseinrichtungen konfrontiert sind. Und es setzt sich über die weiterführenden Schulen fort, an denen die Abiturient*innenquote bei den Kindern aus armen, sozial benachteiligten und migrantischen Familien unterdurchschnittlich, bei den Hauptschulabschlüssen und dem »Übergangssystem« in der beruflichen Bildung überdurchschnittlich ist.

»Abbau sozialer Ungleichheiten in den Schullaufbahnen bleibt eine große Herausforderung: Schüler*innen aus sozial schwächeren Elternhäusern besuchen nach der Grundschule deutlich seltener höher qualifizierende Schularten und Bildungsgänge als Gleichaltrige mit hohem Sozialstatus (D7). Bereits im Grundschulalter bestehen Leistungsrückstände von bis zu einem Lernjahr (D6). Eine spürbare Entkoppelung von erreichten Kompetenzen und sozialer Herkunft lässt sich in den letzten 20 Jahren ebenso wenig feststellen wie eine nennenswerte Reduzierung des Anteils kompetenzschwacher Schüler*innen insgesamt.« /S. 36/

An den Hochschulen sind dann nach wie vor die Kinder von Akademikereltern weitgehend unter sich: Kinder der Akademikereltern sind zu 77% an den Hochschulen, Kinder von Nichtakademikern zu 23%.

Die Folgen der Lockdowns während der Corona-Pandemie haben die soziale Schieflage weiter verschärft. Nur 38% der Lehrkräfte an den Schulen berichten, dass sie regelmäßigen Kontakt mit ihren Schüler*innen hatten. Wer zu Hause wenig Unterstützung hatte, geriet ins Hintertreffen. Die Nachfrage und das Angebot an Ausbildungsplätzen haben sich während der Pandemie in den letzten zwei Jahren reduziert, wobei in die Zahl der Nachfrager*innen ein Großteil derjenigen Jugendlichen, die als nicht ausbildungsreif etikettiert werden, nicht eingerechnet wird. Nach wie vor übersteigt selbst bei diesem Rechnen die Zahl der Nachfrager*innen die angebotenen Ausbildungsplätze deutlich. 12,5% Überhang an angebotenen Plätzen gilt als das Maß, das zur Bedarfsdeckung an Ausbildungsplätzen führen soll.

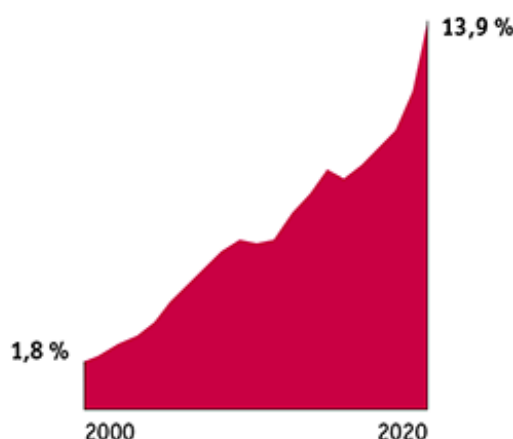
Gesunkene Übernahmequote erschwert Arbeitsmarkteinstieg dualer Ausbildungsabsolvent:innen



Das Angebot an Ausbildungsplätzen ist um 8% eingebrochen und der Bildungsbericht spricht von einem »Passungsproblem«, wenn die angebotenen Ausbildungsplätze nicht zu den Nachfrager*innen passen oder umgekehrt. Die Unsicherheit durch die Pandemie führte insbesondere bei den kleinen Betrieben, die eine hohe Bedeutung für die Ausbildung haben, zu einer rückgehenden Übernahme der Auszubildenden und damit zu weiterer Unsicherheit der Lebenslage.

Private Hochschulen gewinnen während die weiter an Bedeutung

Anteil von Studienanfänger:innen, die sich für eine private Hochschule entscheiden



Studienanfängerquote bei ca. 45% eines Jahrgangs in den letzten Jahren schon vor Corona auf hohem Niveau stagniert (2005: 31%), hat sich der Boom privater Hochschulen fortgesetzt. 2020 studierten 13,9% aller Studierenden an privaten Hochschulen, fast acht Mal so viele wie 20 Jahre zuvor.

Nach wie vor bietet ein abgeschlossenes Hochschulstudium die besten Chancen auf Teilhabe in der Gesellschaft. Hochschulabsolvent*innen haben eine höhere Erwerbsbeteiligung als diejenigen ohne einen Hochschulabschluss und die Differenz zwischen ihren Erwerbseinkommen und denen der Menschen ohne Hochschulabschluss nimmt weiter zu.

Die Hürde, ein Studium zu beginnen und abzuschließen, wird für junge Menschen aus sozial benachteiligten Familien immer höher. Schon unter den Abiturient*innen sind sie in der Minderheit. Der Bildungsbericht zeigt zudem, dass die Studierquote bei den Zugangsberechtigten unter den Nichtakademikerkindern deutlich geringer ist – unabhängig von ihrem zertifizierten Leistungsstand. Bei ihnen sind die wahrgenommenen Kosten des Studiums höher und die Erträge geringer. Der Studienwunsch der Eltern und die antizipierte Erfolgswahrscheinlichkeit sind geringer.

Die immer stärkere Verlängerung der durchschnittlichen Studiendauer (nur knapp ein Drittel der Studierenden schließt das Studium in der Regelstudienzeit ab), die seit langer Zeit unangepassten Bafög-Sätze und Elterneinkommengrenzen, die fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten für Studierende während der Pandemie belasten diejenigen Studierenden besonders, die ohne Unterstützung ihrer Eltern auskommen müssen.

Der Umbau des Bildungssystems in den zurückliegenden Jahren, der einen deutlichen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Erziehung, einen massiven Aufbau der ganztägigen Bildung und Betreuung an Schulen und den qualitativen Ausbau höherer schulischer Bildung weg von der Hauptschule hin zu Bildungsgängen mit Hochschulzugangsberechtigung (Schulen mit mehreren Bildungsgängen und Gymnasien) sowie die Steigerung der Studierendenzahlen mit sich gebracht hat, reagierte auf die steigende Nachfrage der Bildungsteilnehmer*innen und ihrer Eltern.

Trotz des massiven Ausbaus bleibt er sowohl hinsichtlich der Bedarfe an frühkindlicher Bildung und Erziehung als auch an ganztägiger schulischer Betreuung noch immer weit zurück. Auf absehbare Zeit fehlen Hunderttausende von Krippenplätzen: »Der Elternbedarf für Kinder unter 3 Jahren kann bis 2025 voraussichtlich nicht gedeckt werden: 2021 lag der Elternbedarf mit 47% über der Beteiligungsquote unter 3-Jähriger von 34 %.« /S. 34/

Auch bei der schulischen Ganztagsbetreuung klafft trotz massivem Ausbau ein Lücke zwischen Angebot und Nachfrage: Der Bedarf liegt bei 63%, die Beteiligung bei 54%. Auch hier fehlen Hunderttausende von Plätzen um den Bedarf, der gesetzlich garantiert wird, zu decken.

Um einen »nationalen Notstand« im Bildungsbereich in den nächsten Jahren aufzuhalten, so die GEW-Vorsitzende Maïke Finne zum Bildungsbericht 2022, müssen in der frühkindlichen Bildung und Erziehung in den nächsten fünf bis sechs Jahren 200.000 zusätzliche Pädagog*innen, im schulischen Ganztagsbetrieb 250.000 zusätzliche Beschäftigte eingestellt werden. Aber es herrscht ein Fachkräftemangel in den Bildungsbereichen.

Es ist viel zu wenig ausgebildet worden in den letzten Jahrzehnten, die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen sind insbesondere in der frühkindlichen Bildung und Erziehung und an den Grundschulen, wo zu 93% (Kitas) bzw. 83% (Ganztagsbetreuung Grundschule) Frauen beschäftigt sind, unzureichend. Die Vollzeitquote liegt in der Kita bei 41%, in der grundschulischen Ganztagsbetreuung bei 18%.

Die Erhöhung der Vollzeitquote und die Anwerbung von »Seiteneinsteiger*innen« werden nur begrenzte Erfolge mit sich bringen oder die Bildungseinrichtungen sogar vor neue Probleme stellen. Schon wird über Erhöhung der Gruppen- und Klassengrößen nachgedacht. An den Universitäten hat sich das Dozent*innen/Studierendenverhältnis bei der Expansion der Hochschulzahlen bereits deutlich verschlechtert.

Fachkräftemangel und unzureichende finanzielle Ausstattung des Bildungssektors lassen die Hoffnung auf Qualitätsverbesserungen, sei es die Aufgabe, die Bildungsbenachteiligten besonders zu fördern, sei es die inklusive Bildung voranzubringen oder die Digitalisierung der Bildungseinrichtungen kompetent und nachhaltig umzusetzen, in weite Ferne rücken.

Anmerkung

[1] Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung: Bildung in Deutschland 2022 und Bildung in Deutschland 2022 kompakt, online unter: <https://www.bildungsbericht.de/de/startseite>, Onlineversion des Bildungsberichts 2022 (pdf). Alle nicht besonders ausgewiesenen Zitate sind aus diesem Bericht.

Quelle: https://www.sozialismus.de/nc/vorherige_hefte_archiv/kommentare_analysen/detail/artikel/vor-einem-nationalen-bildungsnotstand/